

Neues Verhandlungsnarrativ mit Nordkorea

Herbert Wulf

Südkoreas Präsident Lee Jae Myung plädiert dafür, die Sanktionen gegen Nordkorea aufzugeben, wenn der nordkoreanische Diktator Kim Jong-un bereit ist, sein Atomprogramm einzufrieren.

Das ist ein Bruch der jahrzehntelang praktizierten Politik. Die Sanktionen funktionieren sowie so nicht, so Lee. Es gibt zurzeit kaum eine realistische Alternative, denn die langjährige Strategie Nordkorea als Paria zu isolieren klappt auch nicht mehr.

„Die Denuklearisierung anzustreben, garantiert unter den gegebenen Umständen, dass nichts erreicht wird,“ sagte Lee in einem Interview mit der New York Times am 21. September. Dagegen könnte das Einfrieren des Atomprogramms die Basis für eine Annäherung zwischen Nord- und Südkorea schaffen.

Im Schatten dominanter weltpolitischer Themen hat das Regime in Nordkorea konsequent sein Atomprogramm ausgebaut. Deshalb ist ein radikal neuer Ansatz nötig, um die Risiken einer militärischen Auseinandersetzung zu bannen.

Mitte Juni 2026 nahm Kim in Nampo – einem Hafen südwestlich der Hauptstadt Pjöngjang – an einer Zeremonie für den Stapellauf des 5.000-Tonnen-Schiff „Choe Hyon“ teil. Es ist das größte je in Nordkorea gebaute Kriegsschiff. Der Zerstörer soll in der Lage sein, atomar bestückte Raketen einzusetzen. Diktator Kim sagte anlässlich des Stapellaufs das „Programm zur Ausrüstung der Marine mit Atomwaffen“ folge „unbeirrt seinem geplanten Verlauf“. Die Choe Hyon symbolisiert Nordkoreas Ambitionen, sich nicht nur auf landgestützte Atomwaffen zu verlassen, sondern auch die Marine einzubeziehen und seine Militärmacht über die nahen Küstengewässer hinaus projizieren zu können.

Allerdings verläuft dieses Programm nicht ganz nach Plan. Ein Jahr zuvor war das Schwesterschiff beim Stapellauf gekentert und lag auf der Seite im Wasser. Satellitenbilder zeigten das umgekippte, mit Planen bedeckte Schiff. Trotz solcher Pannen lässt sich die Regierung nicht vom Ausbau des Atomwaffenarsenals abhalten. In Zukunft sollen weitere und noch größere Kriegsschiffe gebaut werden.

Vor allem die USA verfolgen seit den 1990er Jahren die Politik, Nordkoreas Atom- und Raketenprogramm zu stoppen, das Land international zu isolieren und durch Sanktionen zu Zugeständnissen zu zwingen und schließlich durch eine glaubhafte Strategie der Abschreckung davon abzuhalten Südkorea anzugreifen.

Doch diese Politik entspricht nicht mehr den Realitäten, da ihre Ziele kaum noch erreichbar scheinen. Der Stopp des Atomprogramms ist gescheitert und die internationale Isolierung ist durch die Annäherung Russlands und Nordkoreas deutlich

durchlöchert. Auch China greift dem autoritär regierten Land mit Wirtschaftshilfe unter die Arme. Selbst die Kooperation der US-amerikanischen und südkoreanischen Streitkräfte hat durch Trumps Politik Schaden genommen.

Die nukleare Entwaffnung ist gescheitert, Risikomanagement ist jetzt gefragt

Was sind die Alternativen zur bisherigen Nordkoreapolitik der USA, nachdem Nordkorea zur Atommacht aufgestiegen ist und mehrfach betont hat, seine Atomwaffen auf keinen Fall aufzugeben? Fast fünf Jahrzehntlang haben die USA zusammen mit China, teils auch Russland, Japan und Südkorea versucht, Nordkoreas Atomwaffen zu verhindern. Wenn man die nüchterne Erkenntnis akzeptiert, dass trotz aller Versuche die anvisierte Denuklearisierung der koreanischen Halbinsel gescheitert ist, dann wäre es jetzt an der Zeit, sich von der Forderung zur Abrüstung der Atomwaffen Nordkoreas zu verabschieden und auf Rüstungskontrolle zu setzen, um die Risiken zu managen und temporär die nordkoreanischen Atomwaffen als Faktum zu akzeptieren. Insofern ist Präsident Lees aktueller Vorstoß die Anerkennung der neuen Realität.

Die neue Nordkoreapolitik könnte in zwei Schritten erfolgen: Erstens wäre es sinnvoll, das Land zum Wiedereintritt in den Atomwaffensperrvertrag (offiziell Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen, NVV) zu bewegen und zweitens langfristig angelegte Konzepte für Verhandlungen zur Beilegung des Koreakonfliktes zu entwickeln.

Nordkorea war seit Mitte der 1980er Jahre Mitglied im NVV und kündigte als bisher einziges Land der Welt seine Mitgliedschaft 2003. Die Begründung damals: Das Land fühlte sich von den USA bedroht. George W. Bush hatte Nordkorea 2002 als Teil der „Achse des Bösen“ und als „Schurkenstaat“ bezeichnet und bei Verhandlungen mit Nordkorea harte Bedingungen gestellt, nämlich erst Verzicht auf Nuklearwaffen, dann Verhandlungen über ein Ende der Isolation Nordkoreas. Aber Atomwaffen erschienen dem Regime als Lebensversicherung lohnender.

In Washington hat man das Thema Denuklearisierung bis heute nicht aufgegeben, obwohl Donald Trump mit seiner Gipfeldiplomatie und den Treffen mit Kim Jong-un 2018 und 2019 genau an dieser Frage scheiterte. Washington wollte weiterhin Denuklearisierung zur Voraussetzung von weitergehenden Verhandlungen machen. Kim lehnte dies strikt ab.

Nach Donald Trumps Besuch in Beijing Mitte Mai dieses Jahres ließ das Weiße Haus verlautbaren, dass Präsident Xi Jin Ping und Präsident Trump „ihr gemeinsames Ziel, Nordkorea zu denuklearisieren“ bestätigt hätten. Prompt kam am nächsten Tag das Dementi vom chinesischen Außenministerium. Beim Gipfeltreffen zwischen Russlands Präsident Putin und Xi eine Woche nach Trumps Besuch hieß es, ohne auf die Denuklearisierung einzugehen, man lehne die Drohung gegen Nordkoreas Sicherheit durch diplomatische Isolation, wirtschaftliche Sanktionen oder militärischen Druck ab.

Moon Chung-in, sicherheitspolitischer Berater des früheren südkoreanischen Präsidenten Moon Jae-in meint: „Während die USA und Japan ausdrücklich den Begriff ‚Denuklearisierung Nordkoreas‘ verwenden, vermeiden China und Russland – ebenso wie die südkoreanische Regierung – den Begriff.“

Vermutlich kann die Regierung Kim nur durch nachhaltiges Drängen aus Moskau und Beijing zum Beitritt in den NVV oder erneuten Verhandlungen veranlasst werden. Auch Russland und China sind weiterhin an der Einhegung der nordkoreanischen Atomwaffen interessiert. Gerade weil sich beide Regierungen um intensivere Kooperation mit Nordkorea bemühen, könnte es gelingen, Nordkorea zu überzeugen. Der größte Vorteil eines Wiedereintritt Nordkoreas in den NVV wären die daraus resultierenden Inspektionen der Internationalen Atomenergiebehörde.

Zwei-plus-Fünf-Verhandlungen für Korea

Ein neues Verhandlungsnarrativ ist erforderlich. Voraussetzung für die Reduzierung der Risiken der nordkoreanischen Aufrüstung ist das Abrücken von Maximalforderungen, wie sie seit Jahrzehnten erfolglos gestellt wurden. Nordkorea als „Schurkenstaat“ zu behandeln hat zur Verhärtung der Widerstände in Pjöngjang geführt. Welche Strategien sind überhaupt möglich?

Hinhalten oder Nichtstun, wie zurzeit, in der Hoffnung auf einen Sinneswandel in Pjöngjang sind unrealistisch. Militärische Maßnahmen, von US-Regierungen zu verschiedenen Zeitpunkten durchgespielt, erwiesen sich immer als zu risikoreich und sind jetzt, angesichts des Dilemmas der US-Regierung im Konflikt mit dem Iran, äußerst unwahrscheinlich. Nordkorea weiterhin zu isolieren und als internationalen Paria zu ächten sind angesichts der Annäherung zwischen Nordkorea und den beiden Nachbarn Russland und China zum Scheitern verurteilt. Ebenso unwahrscheinlich ist ein Regimewechsel in Pjöngjang.

Damit bleiben nur langfristig angelegte diplomatische Schritte zur Rüstungskontrolle und zur Befriedung des seit den 1950er Jahren schwelenden Koreakonfliktes, also Verhandlungen, beispielsweise nach dem Muster des „Zwei-plus-Vier-Vertrages“, der die Grundlage für die deutsche Wiedervereinigung bildete. Ziel derartiger Verhandlungen wäre nicht nur der Verzicht Nordkoreas auf Atomwaffen. Vielmehr müsste Nordkorea Sicherheitsgarantien erhalten, ein Modus Operandi der Kooperation zwischen den beiden Koreas gefunden und Nordkorea in Aussicht gestellt werden, wieder voll anerkanntes Mitglied der internationalen Gemeinschaft zu werden. Teilnehmer der Verhandlungen wären die beiden Koreas, die USA, China, Russland und Japan. Sinnvollerweise sollte auch die EU beteiligt werden, also eine „Zwei-plus-Fünf-Verhandlung“. Denn bei einer generellen Verbesserung der politischen Beziehungen, könnte in Zukunft die EU eine wichtige Rolle für die wirtschaftliche Entwicklung und humanitäre Hilfe spielen.

